

## Der Bundesvoranschlag 1954

Im Bundesvoranschlag 1954 erfolgt die Unterscheidung zwischen ordentlicher und außerordentlicher Gebarung erstmalig seit Kriegsende nach finanzpolitischen Kriterien. Das *ordentliche* Budget enthält laufende oder regelmäßig wiederkehrende Ausgaben der Hoheitsverwaltung und der erwerbswirtschaftlichen Betriebe des Bundes in Höhe von 21.351 Mill. S und laufende Einnahmen in Höhe von 20.696 Mill. S. Das Defizit von 655 Mill. S geht ausschließlich auf die Bundesbetriebe zurück. Sie belasten den Staatshaushalt trotz Erhöhung der Personentarife der Bahn und der staatlichen Autobusunternehmungen mit einem Betriebsabgang von über 1 Mrd. S, der nur teilweise durch Überschüsse der Hoheitsverwaltung und der Monopole gedeckt wird.

Die *außerordentliche* Gebarung enthält Ausgaben für „wertvermehrnde Investitionen“ in Höhe von 1.054 Mill. S. Zum überwiegenden Teil handelt es sich um Investitionsprojekte der Bundesbetriebe, die Kosten senken oder neue Einnahmequellen erschließen sollen. Der besondere Charakter dieser Ausgaben sowie die ihnen zugeordnete konjunkturpolitische Funktion rechtfertigen es, sie nicht durch Steuereinnahmen, sondern durch Kredite zu finanzieren, deren Zinsen und Tilgungsquoten aus den Erträgen der Investitionen gedeckt werden können.

### Der Bundesvoranschlag 1954

	Ausgaben	Einnahmen	Überschuß (+) Abgang (-)
	Mill. S		
<b>I. Ordentliche Gebarung</b>			
Hoheitsverwaltung .....	13.639	13.920	+ 281
Monopole .....	450	579	+ 129
Bundesbetriebe .....	2.371	2.239	- 132
Bundesbahnen .....	4.737	3.804	- 933
ERP-Gebarung .....	154	154	—
Insgesamt ...	21.351	20.696	- 655
<b>II. Außerordentliche Gebarung</b>			
Hoheitsverwaltung .....	128		
Monopole .....	—		
Bundesbetriebe .....	378		
Bundesbahnen .....	548		
Insgesamt ...	1.054		-1.054
<b>III. Gesamtabgang .....</b>			<b>-1.709</b>

Das Defizit im ordentlichen Haushalt und die außerordentlichen Ausgaben zusammen ergeben einen *Abgang* von 1.709 Mill. S oder 7,6% der Gesamtausgaben. Im Rechnungsabluß für 1952 —

dem letzten Jahr, für das vergleichbare Angaben vorliegen — betrug das Gesamtdefizit 360 Mill. S oder 1,8%. Bei günstiger Konjunktorentwicklung und sparsamer Haushaltsführung dürfte es möglich sein, das Defizit im ordentlichen Haushalt durch erhöhte Steuereingänge und geringere Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen und Preisstützungen zu senken.

Für die *Deckung des Gesamtabganges* standen dem Bund bis 1951 Freigaben aus ERP-Counterpartmitteln und Erlöse aus sonstigen Hilfslieferungen zur Verfügung. Diese Quellen sind schon im Jahre 1952 großteils versiegt, denn die noch verfügbaren Counterpartmittel werden fast ausschließlich anderen Bereichen der Wirtschaft zugeführt. Ein Teil des staatlichen Finanzbedarfes wird aus den Erlösen der im Jahre 1953 aufgenommenen und noch nicht verbrauchten Anleihen (Schweizer Postkredit, für die Elektrifizierung der Bundesbahnen bestimmte Tranche der Energieanleihe, Opernanleihe) gedeckt werden können. Für einen Betrag von 500 bis 800 Mill. S wird der Bund jedoch neue Schuldverpflichtungen eingehen müssen. Sofern diese Mittel nicht durch langfristige Anleihen im In- und Auslande gebracht werden können, wird es wahrscheinlich ohne Schwierigkeiten möglich sein, einen Teil des staatlichen Investitionsaufwandes durch Kreditoperationen zu decken.

### Die Staatsausgaben

Wiewohl das allgemeine Preisniveau seit 2 Jahren stabil ist und das nominelle Volkseinkommen sich nur wenig verändert hat, überschreiten die für 1954 vorgesehenen Gesamtausgaben des Staates von 22,4 Mrd. S um 2,4 Mrd. S die Ausgaben des Rechnungsabschlusses 1952 (ohne die im Budget nur durchlaufenden ERP-Investitionen). Die 12%ige Ausweitung der Ausgabensumme läßt erkennen, daß das Budget ungeachtet aller Sparmaßnahmen zusätzliche Belastungen übernehmen mußte. Der Staat muß für eine größere Zahl von Rentnern und Arbeitslosen sorgen, den Anleihendienst für eine höhere Staatschuld bestreiten, seinen Beamten und Pensionisten höhere Gehälter und Versorgungsgenüsse zahlen und Mehrkosten tragen, die ihm aus den Importverteue-

rungen im Zuge der Wechselkursanpassung erwachsen.

Die einzigen größeren Ausgaben, die sich kürzen lassen und in den Jahren 1952 und 1953 auch tatsächlich stärker gekürzt wurden, sind die Aufwendungen für Investitionen und investitionsähnliche Zwecke. Aber gerade hier schien im Budget 1954 eine Erhöhung ratsam, um den Investitionsgüterindustrien und dem Baugewerbe zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten und die Produktivität zu steigern. Nennenswerte Einsparungsmöglichkeit ergab sich nur bei den Besatzungskosten. Aber auch für sie mußten immerhin noch 227 Mill. S vorgesehen werden, da im Jahre 1954 Rechnungen für Leistungen an die Besatzungsmächte aus dem Jahre 1953 fällig werden.

#### Mehraufwand gegenüber dem Rechnungsabschluß 1952

	Mrd. S
Nachziehung der Gehälter und Pensionen .....	+0'8
Sozialrenten, Kinderbeihilfen, Arbeitslosenunterstützungen .....	+0'2
Bundesbeitrag zur Sozialversicherung .....	+0'1
Staatsschuld .....	+0'4
Sachliche Betriebskosten der Bundesbahnen .....	+0'1
Besatzungskosten .....	-0'2
Sonstige .....	+0'1
Investitionen und investitionsähnliche Ausgaben (ord. und a. o. Gebarung) .....	+0'9
Zusammen .....	+2'4

Von den Gesamtausgaben entfallen 5'9 Mrd. S oder 27'6% auf den *Personalaufwand* für 263.518 aktive Bedienstete (Beamte, Vertragsangestellte und Arbeiter). Dieser Betrag ist um 800 Mill. S höher als im Rechnungsabschluß 1952. Es war also nicht möglich, die Verwaltung zu vereinfachen, überschüssiges Personal in andere Berufe überzuführen und mit den ersparten Personalkosten die Nachziehung der Beamtengehälter zu finanzieren. Im Bundesvoranschlag 1954 sind nur 1.269 weniger aktive Bedienstete vorgesehen als im Jahre 1952. Die geringfügigen Einsparungen dank dieser Personaleinschränkung decken nur teilweise den Mehraufwand, der für Gehaltserhöhungen notwendig ist. Da im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform kaum noch an eine Reduzierung der Personalstände gedacht wird, wird auch die weitere Entnivellierung der Beamtengehälter überwiegend aus dem Steueraufkommen der übrigen Erwerbstätigen finanziert werden müssen.

Außer den „Leistungseinkommen“ für die aktiven Bundesbediensteten finanziert der Bund 7'6 Mrd. Schilling „abgeleitete“ Einkommen (Transfereinkommen) für Pensionisten, Rentner, Arbeitslose und andere Unterstützungsempfänger. Auf diese Ausgaben, die nicht Verwaltungszwecken dienen, sondern pri-

#### Personalstand und Aufwand für aktive Bedienstete<sup>1)</sup>

	Rechnungsabschluß 1952		Voranschlag 1954	
	Stand in 1.000	Aufwand in Mill. S	Stand in 1.000	Aufwand in Mill. S
Hoheitsverwaltung ...	132'9	2.658'5	132'4	3.104'8
Monopole u. Betriebe	131'9	2.540'9	131'1	2.757'7
Insgesamt ...	264'8	5.199'4 <sup>2)</sup>	263'5	5.862'5

<sup>1)</sup> Beamte, Vertragsangestellte und Arbeiter. — <sup>2)</sup> Ohne in Zweckkrediten veranschlagte Arbeiterlöhne von insgesamt 244'1 Mill. S und Arbeiterlöhne der Investitionsgebarung im Gesamtbetrag von 22'9 Mill. S.

vaten Haushaltungen zur Deckung ihrer privaten Bedürfnisse zufließen, entfällt ein Drittel der Gesamtausgaben des Bundes; ihre Deckung beansprucht fast die Hälfte aller dem Bund verbleibenden Steuern und steuerähnlichen Einnahmen. Allein der Pensionsaufwand für 195.600 Pensionisten übersteigt 3 Mrd. S; je eine weitere Milliarde wird für Arbeitslosenunterstützungen, Kriegsofopferfürsorge und Kinderbeihilfen aufgewendet. Dazu kommt der Bundeszuschuß zur Sozialversicherung in Höhe von 1'2 Mrd. S<sup>1)</sup>, der einen Teil des Rentenaufwandes dieser Institute deckt.

Auch die Belastung des Bundes mit Pensionen und öffentlichen Unterstützungen wird in Zukunft eher zunehmen. Zwar wird im Laufe der Jahre der Aufwand für die Kriegsofopfer etwas sinken. Andererseits nimmt die Zahl der Pensionisten ständig zu. Landwirte und Gewerbetreibende verlangen, daß der Staat auch ihnen Kinderbeihilfen gewähre, und die Zahl der Rentner wächst mit der fortschreitenden Vergreisung des österreichischen Volkskörpers. Auch die teilweise sehr niedrigen Renten werden früher oder später erhöht wer-

#### Pensionen, Renten und andere öffentliche Unterstützungen

	Rechnungsabschluß 1952		Voranschlag 1954	
	Mill. S			
Pensionen				
Hoheitsverwaltung .....	1.147'2		1.355'8	
Betriebe .....	1.547'8		1.679'3	
Insgesamt ...	2.695'0		3.035'1	
Arbeitslosenunterstützung .....	917'5		1.089'6	
Kriegsofopferfürsorge .....	969'4		952'7	
Haftentschädigung .....	—		50'2	
Kleinrentner .....	34'7		33'5	
Opferfürsorge .....	43'5		38'1	
Ernährungs- und Kinderbeihilfe .....	1.127'5		1.172'9	
Sonstige <sup>1)</sup> .....			26'9	
Soziale Transferzahlungen an Haushalte ...	5.787'6		6.399'0	
Bundesbeitrag zur Sozialversicherung .....	1.074'4		1.177'7	
Insgesamt ...	6.862'0		7.576'7	

<sup>1)</sup> Stipendien und Schülerunterstützungen verschiedener Art. Für 1952 können diese Posten aus dem Rechnungsabschluß nicht ausgegliedert werden.

<sup>1)</sup> Auf Grund neuer Vereinbarungen trägt der Bund 25% des Rentenaufwandes der Sozialversicherungsinstitute und deckt, sofern die Gesamtausgaben (für Renten und Verwaltung) höher sind als die Gesamteinnahmen (Beiträge + 25%iger Zuschuß des Bundes) das Defizit bis zur Höhe von 10% des Rentenaufwandes.

den müssen. Um so wichtiger scheint es, den Unterstützungsaufwand für arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen zu verringern, die nur deshalb der öffentlichen Hand zur Last fallen, weil sie keinen Arbeitsplatz finden können. Gelänge es, von den durchschnittlich 140.000 unterstützten Arbeitslosen, die das Budget mit 1,1 Mrd. S Arbeitslosenunterstützungen und Notstandshilfe belasten, 40.000 dauernd in den Arbeitsprozeß einzugliedern, so ließen sich über 300 Mill. S einsparen.

Eine gesamtwirtschaftlich ähnliche Funktion wie Pensionen und Renten erfüllen die *Preisstützungen*. Die einen vermehren das Geldeinkommen der privaten Haushalte, die anderen senken die Preise und erhöhen auf diese Weise ihr Realeinkommen. Der Bundesvoranschlag 1954 sieht 1.117 Mill. S für Preisstützungen vor, etwa ebensoviel wie der Rechnungsabschluß 1952. Wiewohl die Kursvereinheitlichung die Importe verteuert hat, kann mit dem gleichen Betrag das Auslangen gefunden werden, da einige minderwichtige Subventionen abgebaut wurden, die Weltmarktpreise etwas zurückgegangen sind und die heimische Ernte besonders gut ausgefallen ist. Die Finanzpolitik hofft, die Preisstützungen in Zukunft schrittweise abbauen zu können. Da weder die Konsumenten noch die Landwirte bereit sein dürften stärkere Belastungen zu übernehmen, werden größere Einsparungen wahrscheinlich nur in Zusammenhang mit sinkenden Weltmarktpreisen für Brot- und Futtergetreide möglich sein. Zu überlegen ist auch, ob nicht die Subvention der heimischen Landwirtschaft, auf die zur Zeit 40% des gesamten Subventionsaufwandes entfallen, wenigstens teilweise aus den Überschüssen der landwirtschaftlichen Fonds finanziert werden könnte.

### Preisstützungen

	Rechnungsabschluß 1952				Voranschlag 1954			
	Inland- erzeugung	Im- porte	Lager- kosten	Summe	Inland- erzeugung	Im- porte	Lager- kosten	Summe
	Mill. S							
<b>Brotpgetreide</b>								
Weizen .....		131'8			100'0	292'0		
Roggen .....		113'8			80'0	36'0		
Insgesamt...	131'3	245'6	8'9	385'8	180'0	328'0	42'5 <sup>b)</sup>	550'5
<b>Futtermittel</b>								
Futtergetreide .....		384'6		384'6	181'5	8'0		189'5
Ölkuchen .....		58'8		58'8	33'0			33'0
Insgesamt...		443'4		443'4	214'5	8'0		222'5
Fettrohstoffe .....		97'2 <sup>b)</sup>		97'2				
Düngemittel .....		91'6		91'6	84'0			84'0
Milch .....	71'0			71'0	260'0			260'0
Sonstige .....	2'0 <sup>a)</sup>	2'7 <sup>a)</sup>	4'1 <sup>a)</sup>	8'8				
Insgesamt...	204'3	880'5	13'0	1.097'8	440'0	626'5	50'5	1.117'0

<sup>1)</sup> Davon 272 Mill. S aus Preisausgleichsbeträgen für Margarine, Kunstspeisefett und Öl. — <sup>2)</sup> Kondensmilch, finanziert aus Abschöpfungsbeträgen. — <sup>3)</sup> Schweineschmalz, Fettrohstoffe, Zucker und Reis; finanziert aus Preisausgleichsbeträgen. — <sup>4)</sup> Fleisch; finanziert aus Preisausgleichsbeträgen. — <sup>5)</sup> Zum Teil Verrechnung von Lagerspesen aus dem Vorjahre.

Für die Verzinsung und die Tilgung der *Staats-schuld* werden im Jahre 1954 607 Mill. S vorgesehen, gegen nur 211 Mill. S im Jahre 1952. Diese sprunghafte Steigerung geht zum Teil darauf zurück, daß die im Jahre 1953 neu aufgenommenen Anleihen (Energieanleihe, Postkredit, Opernanleihe) verzinst und teilweise getilgt werden müssen. Schließlich wird im Jahre 1954 der Anleihendienst für die Vorkriegsschulden wieder aufgenommen werden. Die Gesamtbelastung des Budgets mit Ausgaben für die Staats-schuld ist aber mit 4,5% der Budgetsumme der Hoheitsverwaltung noch immer sehr gering, da der österreichische Staat keine Kriegsschulden hatte und ein Großteil der Nachkriegsinvestitionen aus den Erlösen ausländischer Hilfslieferungen gedeckt werden konnte.

Nachdem die für *Investitionen* verfügbaren Budgetmittel in den Jahren 1952 und 1953 knapp ge-

### Kosten der Staatsschuld

	Rechnungsabschluß 1952			Voranschlag 1954		
	Verzin- sung	Tilgung	Zusam- men	Verzin- sung	Tilgung	Zusam- men
	Mill. S					
<b>Auslandsschulden</b>						
<i>Vorkriegsschulden</i> insges. ...			0'0			69'1
davon						
Internationale Bun- desanleihe 1930 ...				19'4	—	19'4
Internat. garantierte Bundesanleihe 1933 bis 1953 .....						2'1
Garantierte österr. Konversionsanleihe 1934 bis 1959 ..						22'6
Sonstige Auslands- schulden .....						25'0
<i>Nachkriegsschulden</i> insges. ...	11'6	54'2	65'8	5'1	56'8	61'9
davon						
12'5 Mill. \$ Surplus- Kredit USA .....			36'0	3'8	25'0	28'8
10 Mill. \$ War- Assets-Kredit USA	5'6	18'1	23'7	1'1	4'4	5'5
Kredit Export-Import Bank .....	0'3	2'6	2'9	0'1	2'6	2'7
4 Mill. Kr. Kredit der norweg. Regierung	0'5	2'7	3'2	0'1	4'8	4'9
Brit. Reliefkredite ...	—	—	—	—	20'0	20'0
<b>Auslandsschulden</b> zus. ....	11'6	54'2	65'8	5'1 <sup>1)</sup>	56'8 <sup>1)</sup>	131'0
<b>Inlandsschulden</b>						
<i>Langfristige Inlandsschulden</i> insgesamt .....	43'2	7'5	50'7	78'3	154'5	232'8
davon						
2% Bundesschuldver- schreibung 1947 ..	27'8	—	27'8	24'6	50'4	75'0
5% Aufbauanleihe 1949 .....	15'4	7'5	22'9	14'7	8'3	23'0
4% Bundesschuldver- schreibung 1953 ..	—	—	—	9'8	74'5	84'3
Postkredit (Creditan- stalt-Bankverein) ..	—	—	—	11'2	21'3	32'5
7% Anleihe für den Wiederaufbau d. Staatsoper .....	—	—	—	4'0	—	4'0
Anteil der Bundes- Energieanleihe 1953	—	—	—	14'0	—	14'0
<i>Kurzfristige Inlandsschulden</i> (Bundesschatzscheine u. sonstige kurzfristige Ver- pflichtungen) .....	84'5	10'0	94'5	84'5	159'0	243'5
<b>Inlandsschulden</b> zus. ....	127'7	17'5	145'2	162'8	313'5	476'3
<b>Gesamte Staatsschuld</b> ....	139'3	71'7	211'0	167'9 <sup>1)</sup>	370'3 <sup>1)</sup>	607'3

<sup>1)</sup> Ohne Vorkriegsschulden, weil nicht aufteilbar.

halten werden mußten, finanziert der Bund im Jahre 1954 aus konjunkturpolitischen Erwägungen wieder ein umfangreicheres Investitionsprogramm. Insgesamt sind für Investitionen und investitionsähnliche Zwecke in der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung 3,4 Mrd. S oder 15% der Gesamtausgaben vorgesehen, das ist 1 Mrd. S mehr als im Rechnungsabschluß 1952 (ohne ERP-Investitionen). 2,0 Mrd. S oder 60% entfallen auf wertvermehrnde Anlagen im Bundesvermögen (Bruttoinvestitionen des Bundes). Sie kommen hauptsächlich den Bundesbetrieben und Monopolen (Vollautomatisierung des Fernsprechwesens, Elektrifizierung der Bundesbahnen), zum Teil aber auch der Hoheitsverwaltung (Ausbau der Bundesstraßen und der Hafenanlagen) zugute. 861 Mill. S oder 25% werden für die Instandhaltung der Anlagen des Bundes aufgewendet, 515 Mill. S werden anderen Bereichen der Wirtschaft (hauptsächlich der Landwirtschaft und dem Wohnbau) in Form von Darlehen oder Zuschüssen zur Verfügung gestellt.

*Aus Budgetmitteln finanzierte Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsarbeiten*

	Rechnungsabschluß 1952 <sup>1)</sup>	Bundesvoranschlag 1954
	Mill. S	
<b>I. Hoheitsverwaltung</b>		
Straßen und Brücken .....	391	480
Gebäude .....	277	271
Wohnbauten und Kanalisation .....	52	53
Wohnungswesen .....	80 <sup>2)</sup>	285
Wildbachverbauung und andere Bau- ten zum Schutze der Landwirtschaft	147	147
Schifffahrt .....	8	8
Fremdenverkehr .....	5	11
Förderung der gewerbl. Wirtschaft ..	4	11
Inventar und Sonstiges .....	150	124
Zusammen .....	1.114	1.390
<b>II. Monopole und Betriebe</b>		
Bahn .....	885	1.312
Post .....	288	580
Forste .....	37	33
Theater .....	30	70
Salzmonopol .....	7	26
Übrige Bundesbetriebe .....	2	7
Zusammen .....	1.249	2.028
<b>III. Investitionen und investitions- ähnliche Ausgaben insgesamt..</b>	<b>2.363</b>	<b>3.418</b>
davon		
Ordentliche Gebarung .....	1.778	2.364
Außerordentliche Gebarung .....	534	1.054
<b>IV. Verteilung</b>		
Bruttoinvestitionen .....	1.354	2.042
Investitionsförderung in anderen Be- reichen der Wirtschaft .....	179	515
Instandhaltung .....	830	861
Zusammen .....	2.363	3.418
<b>V. Finanzierung</b>		
Laufende Budgetmittel .....	2.003	2.364
Kurzfristige Kreditoperationen und Anleihen .....	360 <sup>2)</sup>	1.054
Zusammen .....	2.363	3.418

<sup>1)</sup> Investitionen, welche aus Counterpartfreigaben des Jahres 1952 finanziert wurden, sind aus Gründen der Vergleichbarkeit hier ausgeschaltet. — <sup>2)</sup> Zahlungsrückstände, welche gleichbedeutend sind mit der Finanzierung durch andere kurzfristige Kreditoperationen, sind hier nicht berücksichtigt.

Von den gesamten investitionsähnlichen Ausgaben von 3,4 Mrd. S sollen rund 30% durch Anleihen oder kurzfristige Kreditoperationen finanziert werden. Die Finanzierung von über 1 Mrd. S Investitionen durch Kredite verleiht dem Budget 1954 eine stärkere konjunkturbelebende Wirkung, die vor allem dem Baugewerbe und den heimischen Investitionsgüterindustrien zugute kommen wird. Im Jahre 1952, als es darauf ankam, die Stabilisierung der Währung auch vom Budget her zu sichern, waren über 85% der Investitionen (ohne ERP-Investitionen) durch Steuern und andere laufende Einnahmen gedeckt worden.

### Die Staatseinnahmen

Die Staatseinnahmen sind seit 1952 weniger stark gestiegen als die Ausgaben. Für das Jahr 1954 rechnet der Bundesvoranschlag mit laufenden Einnahmen von 20,7 Mrd. S, gegen 19,7 Mrd. S im Jahre 1952. Die Mehreinnahmen verteilen sich annähernd proportional auf die beiden Haupteinnahmequellen des Staates: Steuern und Betriebseinnahmen.

Der Bruttoertrag an *Steuern* wurde mit 15.154 Mill. S veranschlagt, das sind um 4% mehr als der Erfolg des Jahres 1952 (14.583 Mill. S). Das Steuerertrag ist eher vorsichtig eingeschätzt. Da bereits in den ersten 9 Monaten 1953 um 8% mehr Steuern eingingen als im entsprechenden Zeitraum 1952 und mit fortschreitender Konjunkturbelebung auch die Steuern reichlicher fließen werden, enthält der Voranschlag wahrscheinlich stille Reserven, die zur Deckung des Defizits im ordentlichen Haushalt herangezogen werden können.

Im Vergleich zum Erfolg der ersten 9 Monate 1953 wurden vor allem die Ansätze der direkten Steuern vorsichtig gehalten. Der Bundesvoranschlag rechnet für 1954 mit Erträgen, die den Erfolg des Jahres 1952 nur um 5% übersteigen, während die tatsächlichen Eingänge im Jahre 1953 um 15% darüber liegen. Diese Vorsicht scheint begründet, da schwer beurteilt werden kann, wie sich die beabsichtigte Reform der Einkommens- und der Gewerbesteuer auswirken wird, für die erst Entwürfe vorliegen, die möglicherweise noch in dem einen oder anderen Punkt modifiziert werden.

Vermutlich werden auch die Umsatzsteuer, die Beförderungssteuer und die Gebühren bei guter Konjunktur höhere Erträge bringen. Allerdings ist noch nicht vor auszusehen, in welchem Ausmaß die im Exportförderungsgesetz vorgesehenen Umsatzsteuer-Rückvergütungen den Nettoertrag der Umsatzsteuer schmälern werden. Weiters ist es fraglich, ob das

**Steuereinnahmen im Bundesvoranschlag 1954 im Vergleich mit dem voraussichtlichen Erfolg 1953**

Art	Bundesvoranschlag 1954		Voraussichtlicher Erfolg 1953 <sup>1)</sup>
	Mill. S	in % des Rechnungsabschlusses 1952	
<b>Direkte Steuern insgesamt</b> .....	<b>6.575</b>	<b>105</b>	<b>115</b>
davon:			
Einkommensteuer .....	2.000	112	125
Lohnsteuer .....	1.750	98	102
Körperschaftsteuer .....	850	107	109
Vermögenssteuer u. Aufbringungsumlage .....	100	101	146
Gewerbesteuer .....	1.200	106	121
Besatzungskostenbeiträge .....	650	105	122
Übrige .....	25	100	108
<b>Umsatzsteuer, einschl. Bundeszuschlag</b> .....	<b>4.350</b>	<b>96</b>	<b>97</b>
<b>Zölle</b> .....	<b>550</b>	<b>131</b>	<b>132</b>
<b>Verbrauchssteuern insgesamt</b> .....	<b>2.117</b>	<b>108</b>	<b>100</b>
davon:			
Tabaksteuer + Aufbausehlag .....	1.195	105	91
Mineralölsteuer + Bundeszuschlag .....	525	115	109
Biersteuer + Aufbausehlag und Sonderabgabe .....	280	118	124
Übrige .....	117	99	97
<b>Gebühren und Verkehrssteuern insgesamt</b> .....	<b>1.482</b>	<b>112</b>	<b>118</b>
davon:			
Stempel- und Rechtsgebühren .....	949	111	109
Beförderungssteuer .....	210	108	110
Übrige .....	323	120	154
<b>Nebengebühren und Abgabestrafen</b> .....	<b>80</b>	<b>101</b>	<b>108</b>
<b>Öffentliche Abgaben insgesamt</b> .....	<b>15.154</b>	<b>104</b>	<b>108</b>
Überweisungen an Länder und Gemeinden .....	4.320	97	105
<b>Bundeseinnahmen aus öffentlichen Abgaben</b> .....	<b>10.834</b>	<b>107</b>	<b>110</b>

<sup>1)</sup> Erfolg Jänner bis September 1953 in % von 9/12 des Rechnungsabschlusses 1952.

präliminierte Aufkommen der Tabaksteuer erreicht werden wird. Die Verteuerung der Zigaretten dürfte nur dann um 15% mehr an Tabaksteuer als im Jahre 1953 bringen, wenn die Verbraucher nicht auf billigere Sorten ausweichen und der illegale Handel mit Zigaretten erfolgreich bekämpft werden kann.

Vom Bruttoaufkommen an Steuern wird im Jahre 1954 ein größerer Teil als in den letzten Jahren dem Bund verbleiben, da das sogenannte „Bundespräzipuum“ erhöht wurde. Dieser Vorzugsanteil des Bundes an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben hatte in den Jahren 1952 und 1953 400 Mill. S und 575 Mill. S betragen, wurde jedoch in den Finanz-

ausgleichsverhandlungen für 1954 auf 700 Mill. S erhöht. Der Bund stützte seine Forderung darauf, daß er 777 Mill. S für die Besoldung von 30.345 Volks-, Haupt- und Berufsschullehrern ausgeben müsse, die vor 1938 von den Ländern getragen wurden. Da jedoch die Länder durch die Kürzung der Ertragsanteile, die ihre wichtigste Finanzierungsquelle sind, empfindlich getroffen werden und die Gemeinden ohnehin durch die geplante Reform der Gewerbesteuer stärkere Einbußen erleiden, hat der Finanzminister eine Neuregelung des Finanzausgleiches für 1955 in Aussicht gestellt.

Außer den Steuern sind in der Hoheitsverwaltung 3,1 Mrd. S „sonstige“ Einnahmen veranschlagt. Fast 2 Mrd. S entfallen auf steuerähnliche Einnahmen, wie Arbeitslosenversicherungsbeiträge und Dienstgeberbeiträge zum Kinderbeihilfenfonds. Der Rest besteht aus Beiträgen der Länder und Gemeinden zum Verwaltungsaufwand des Bundes, Gebühren für Leistungen der Hoheitsverwaltung, wie Schulgelder und Gebühren für den Eintritt in Museen, aus der Rückzahlung von Darlehen des Bundes und verschiedenen Vermögenserträgen. Auch aus alten Hilfslieferungen, die schon vor 1949 in Österreich eingetroffen sind, werden noch 70 Mill. S Erlöse erwartet.

Die Einnahmen der Betriebe und Monopole sind mit 6,6 Mrd. S um rund 500 Mill. S höher veranschlagt als im Jahre 1952. Die Mehreinnahmen beschränken sich ausschließlich auf Bahn und Post; sie gehen auf die Erhöhung der Personentarife im Bahn- und Autobusverkehr zurück. Bei den Bundesbahnen ist außerdem zu berücksichtigen, daß sich die Erhöhung der Gütertarife im Jahre 1952 noch nicht voll ausgewirkt hatte. Die Einnahmen der übrigen Bundesbetriebe wurden gleich hoch oder etwas niedriger veranschlagt wie im Jahre 1952. Auch diese Ansätze dürften vorsichtig geschätzt worden sein.